

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Erinnerungspolitik und Engagementpolitik

Ähnlich wie in vielen Jahren zuvor waren auch 2015 wieder rund 20.000 junge Menschen freiwillig und ehrenamtlich für den 1919 gegründeten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Einsatz. In ganz Europa waren sie unterwegs, um Gräber von in vielen Kriegen gefallenen deutschen Soldaten zu pflegen und instand zu halten. Wer sich für einen solchen Einsatz meldet, ist weder Ewig-Gestriger noch Revanchist, noch verherrlicht er die Taten deutscher Armeen im Ausland. Schon gar nicht grenzt er sich von jungen Menschen in dem Land ab, in dem er eingesetzt wird. Im Gegenteil: Begegnungen gehören zum festen Programm. Was hier abläuft, ist lebendige Erinnerungskultur, gewiss in einem oft heiklen, aber gerade da und deswegen umso notwendigeren Zusammenhang.

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz mit ihren 14 Jugendbauhütten und nicht zuletzt das Deutsch-Polnische und das Deutsch-Französische Jugendwerk versuchen ähnliches: Gerade jetzt, wo in Polen mancher Falsch-Information nicht oder nicht nachdrücklich genug widersprochen wird, erscheint es beispielsweise besonders dringend, dass junge Bürgerinnen und Bürger beider Länder im Dialog die gemeinsame Erinnerungskultur fortschreiben, die die Generation davor mit nicht voraussehender Leichtigkeit und großen Vertrauensvorschüssen nach 1990 erarbeitet hat. Gemeinsame Schulbuchkommissionen und Fachtagungen bieten ihnen dafür die notwendigen Fakten und Hintergründe; dafür, dass daraus eine wirkliche gemeinsame Kultur wird, bedarf es aber des gemeinsamen Engagements. Und so wichtig Interrail, Erasmus und andere Programme sind, die jungen Menschen ermöglichen, Europa und die Welt kennenzulernen, so sehr sind Programme, die durch aktives Engagement ein tieferes Eindringen in das Heute und das Gestern von Nachbarn erlauben, eine Gelingensbedingung des Erinnerens für die gemeinsame Zukunft. Denn ohne das Gestern ist auch das Heute und Morgen nicht zu verstehen.

Nicht jeder Jugendliche und nicht einmal viele älteren Menschen würden dem trotz großer Weltoffenheit zustimmen. Vielen scheint das Heute zu genügen, um gemeinsam die Weltgesellschaft von Morgen zu bauen. Das Bewusstsein, dass dafür das Gestern immer wieder neu bewältigt und verarbeitet werden muss, ist nicht sonderlich weit entwickelt, schon gar nicht, dass die Erinnerung an dieses Gestern im Kern nicht darin besteht, dass es von Fachleuten studiert und in Geschichtsbüchern für ungeliebte Lehrpläne aufbereitet wird. Dass Geschichte vielen Menschen heute belanglos, langweilig oder irrelevant erscheint, ist nicht ihre

Schuld. Sie als lebendige Erinnerung erfahrbar und erlebbar zu machen, ist eine vielfach vernachlässigte Bildungsaufgabe. Hier könnte Engagementpolitik ansetzen.

Denn eines ist klar: Erinnern tun wir uns zu jeder Zeit ohnehin. Wer sein Gedächtnis nicht verloren hat, trägt Erinnerungen mit sich herum – an Erlebtes, Erfahrenes, Erzähltes, Beobachtetes, Gehörtes und Gelesenes. Vor 1975 Geborene haben beispielsweise sicher eigene Erinnerungen an jene dramatischen Wochen und Monate der Jahre 1989 und 1990, als sich in und für Europa alles dramatisch veränderte. Für viele mag dies der Erlebnishöhepunkt des Lebens gewesen sein; für nicht wenige ist er mit sehr persönlichen Erfahrungen verknüpft. „Das größte Abenteuer meines Lebens“, nannte ihn Andrzej Tomaszewski, langjähriger Generaldenkmalpfleger der Republik Polen und Protagonist einer versöhnenden Erinnerungspolitik. Wer nach 1985 geboren, also jünger als 30 Jahre ist, kennt diese Erinnerung jedoch nur aus Erzählungen und braucht sie doch, weil er oder sie ohne sie nicht einordnen kann, was heute geschieht.

Diese Erinnerung bildet sich zunächst höchst individuell, in einer Sphäre, in die die Gesellschaft weder eindringen kann noch darf. Wie heißt es doch im Volkslied?

*Die Gedanken sind frei
Wer kann sie erraten?
Sie fliehen vorbei
Wie nächtliche Schatten;
Kein Mensch kann sie wissen,
Kein Kerker verschließen
Wer weiß, was es sei?
Die Gedanken sind frei.*

Die Erinnerung ist also flüchtig. Um sie zu ordnen, zu verstehen, womöglich zu bewerten, bedarf es der Kommunikation und womöglich der Hilfestellung. Das Problem ist nur: Wie sieht diese Hilfestellung aus? In welche Richtung, in welchen Kontext wird Erinnerung geschoben? Hier sollte Erinnerungspolitik ansetzen. Vielleicht, hoffentlich, kann sie das Rüstzeug dafür vermitteln, eigene Erinnerungen im Kontext eines größeren Bildes besser verstehbar und verarbeitbar zu machen. Denn Erinnerungen müssen diskutiert werden. Wenn wir größere Räume befrieden wollen, müssen wir sie auf diese bezogen diskutieren.

Ein Zweites kommt hinzu: Vor zwei Generationen gab es unter den Bürgerinnen und Bürgern gewiss einen breiten Konsens darüber, dass die Pflege der Soldatengräber großer Anstrengungen wert sind und dass die bewusste Förderung bürgerschaftlichen Engagements unter dem Motto ‚Versöhnung über Gräbern‘ eine sinnhafte Verwendung von Steuergeldern darstellt. Heute hält wohl eher die Pfadabhängigkeit behördlichen Wirkens die Verantwortlichen davon ab, diese Förderung zu kürzen oder zu streichen. Die bi- oder transnationalen Jugendwerke, das dem Freiwilligen Sozialen Jahr ähnliche Programm Weltwärts und viele andere sehen sich nicht nur der Vorhaltung ausgesetzt, wer heute internationale Erfahrungen sammeln wolle, sei auf geförderte Programme gar nicht mehr angewiesen, sondern sind

vielfach weder in der Lage, noch auch nur bereit, die Hinführung zu einer transnationalen Erinnerungskultur prioritär zu betreiben. Dabei wäre das, nicht zuletzt im Licht populistischer nationaler Parolen und des in jedem Fall ansteigenden Zustroms von Menschen aus anderen Ländern sehr wichtig. Nur die konsequente Pflege einer gemeinsamen Erinnerungskultur hilft uns beispielsweise zu begreifen, was uns mit Menschen aus dem östlichen Mittelmeerraum, Türken, Syrern, Libanesen, Palästinensern und Ägyptern verbindet – und das dies viel mehr ist als das, was uns trennt. Diese Pflege und deren Weiterentwicklung kann freilich weder verordnet noch verwaltet werden; sie lebt vom selbstermächtigten und selbstorganisierten Engagement. Zu alledem lässt sich ermutigen – durch eine kluge und weitsichtige Engagementpolitik, die beispielsweise auch den aus anderen Kulturkreisen zu uns Gekommenen hilft, ihre kulturellen Traditionen zu bewahren und trotzdem zu uns zu gehören, also Inklusion als politisches Ziel definiert, anstatt Integration, möglichst unter Aufgabe der eigenen Erinnerungskultur, zu propagieren.

„Es kommt nicht darauf an, wessen Erbe, sondern, welches Erbe“, rief einmal ein Mitarbeiter des Europarats bei einer Tagung des europäischen Kulturerbeverbandes Europa Nostra aus. In der Tat! Der gerade jetzt so fraglich gewordene, aber für unsere Zukunft so unabdingbar wichtige Erfolg unseres großen europäischen Einigungsprojekts hängt entscheidend davon ab, dass wir eine europäische Erinnerungskultur entwickeln und fortschreiben. Sie ist der Boden, auf dem das Projekt gedeihen kann – der einzige, den wir haben.

Diese Überlegung führt noch zu einem anderen Aspekt: Die kollektive Erinnerung konzentriert sich auf Herrscher-, Kriegs- und Staatengeschichte. Wir wissen und erinnern uns (hoffentlich), wann Karl der Große gelebt hat, der Dreißigjährige Krieg ausgefochten wurde, das 2. Deutsche Kaiserreich oder die Bundesrepublik Deutschland entstanden. Dank unermüdlicher medialer Präsenz erinnern wir uns, wann und warum Hitler an die Macht kam und was er in den 12 Jahren seiner Herrschaft alles angerichtet hat. Aber erinnern wir uns auch an das Hambacher Fest? An das Jugendtreffen auf dem Hohen Meißner? Daran, wann in der Heimatgemeinde der erste Bürgerverein, die erste Lesegesellschaft, der erste Arbeiterverein entstand? Ob und wann ein Bürgerspital gegründet wurde? Anders ausgedrückt: Ist die Erinnerung an bürgerschaftliches Engagement nicht verschüttet unter einer Erinnerungskultur, die sich fast ausschließlich damit befasst, wie Herrschaft ausgeübt wurde? Wissen wir überhaupt, welche reiche und farbige Erinnerung an Engagement und Ehrenamt, an Selbstorganisation und Eigeninitiative wir wecken könnten, wenn wir es nur einmal versuchen würden? Wird unsere Erinnerungskultur nicht am Ende von einer Erinnerungspolitik bestimmt, die sich zum Ziel gesetzt hat, sie in eine Richtung zu steuern, die viel mit Sich Einordnen, Sich Fügen, aber wenig mit Sich Engagieren und Mitgestalten zu tun hat?

Erinnern wir uns! Die ersten staatlichen Schulen entstanden in der frühen Neuzeit zur Ausbildung von Staatsbeamten. Loyalität zum Herrscher war ein primärer Erziehungsgrundsatz. Mit dem modernen Verfassungsstaat entstand das staatliche Erziehungsmonopol; die Grundsätze blieben, an Curricula und Lehrmaterial ablesbar. Kurz: Der Staat setzt durch,

dass, wenn schon nicht zu Staatsbeamten, so doch mindestens zu Staatsbürgern herangebildet wird. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Je länger jemand der staatlichen Bildungspolitik ausgesetzt ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass er oder sie den Rest des Lebens im Staatsdienst verbringen will.

Die moderne demokratische Gesellschaft müsste etwas ganz anderes einfordern: Sie müsste eine Bildungspolitik anstreben, die Mut zum Engagement macht – und zwar gerade nicht nur dort, wo es um Dienstleistungen geht, die dem Staat gefallen, seine Macht aber nicht berühren, sondern gerade auch dort, wo es um politische Mitgestaltung, alternative Gemeinschaftsbildung, Themenanwaltschaft oder Wächterfunktionen geht. Das wäre eine moderne Engagementpolitik, die weit über konventionelle Engagementförderung hinausgeht, aber umso notwendiger erscheint. In einigen Jahren werden sich viele Menschen daran erinnern können, wie sie den vielen Flüchtlingen engagiert zur Seite gestanden und sie als Lotsen in die Gesellschaft begleitet haben – oder wie sie beim Hochwasser Sandsäcke geschleppt haben. Aber wird dies auch zum Kanon unserer Erinnerungskultur gehören? Oder wird dieser wieder nur von den Äußerungen der Bundeskanzlerin und anderer Politiker oder allenfalls von der sehr viel kleineren Gruppe derer bestimmt sein, die unsere neuen Mitbürger nicht haben wollten und schon heute eine überdimensionierte Medienpräsenz erfahren?

In unserer aktuellen historischen Situation haben so Erinnerungspolitik und Engagementpolitik erstaunlich viel miteinander zu tun – und mit der Kultur unserer Gesellschaft. Wir müssen herausfinden aus der Gesellschaft, in der der Staat der zentrale Bezugspunkt darstellt; wir müssen umschalten in einen zivilgesellschaftlich orientierten Modus, in dem Engagement eine zentrale Komponente ist. Dazu gäbe uns eine engagementorientierte Erinnerungspolitik einen an Stringenz und Wirksamkeit kaum überbietbaren Instrumentenkasten in die Hand. Zu diesem Instrumentenkasten gehören an vorderer Stelle Orte der Erinnerung. Ohne Orte, an denen Erinnerungen diskutiert werden, können diese nicht bewältigt werden. Bei den Olympischen Spielen in Beijing (2004) gab es eine große Erinnerungsschau der chinesischen Vergangenheit. Aber sie endete mit dem Jahr 1949. Denn alles, was seitdem geschehen war, hatte nie diskutiert werden können. Es gab keine Verständigung darüber, wie das dargestellt werden könnte. Positiv gewendet könnte das auf Ideen hinauslaufen, wie sie der große walisische Historiker und Spezialist für mitteleuropäische und zumal polnische Geschichte Norman Davies einmal für Breslau gemacht hat: Es fehlt dort, so sagte er auf einer Tagung, die unter dem Titel „Erinnern für die Zukunft“ 2009 in Breslau stattfand¹, ein Denkmal für die polnischen, 1945 aus Ostpolen vertriebenen Neubürger und Neubürgerinnen und die gleichzeitig aus der Stadt vertriebenen Deutschen. Ein guter Bildhauer könnte, so sagte er, eine gute Zusammenfassung des Schicksals dieser Stadt abbilden. Das Denkmal als Ort der Erinnerung ist bis heute nicht entstanden, aber nach langem Zögern haben sich Breslaus neue

¹ Zur Dokumentation der Tagung siehe: Christian Schreier, *Erinnern für die Zukunft*. Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur. Berlin: Maecenata (Europa Bottom Up Nr. 3), 2013.

Bürgerinnen und Bürger für ihre Stadt engagiert. Sie blüht wieder – nicht zuletzt dank einer Erinnerungspolitik, in der Versöhnung und Diskurs ganz oben anstehen.

Autor

Dr. Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung, München/Berlin.

Kontakt: rs@maecenata.eu

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de